

Wirtschaftspolitische Blätter

→ STANDORTPOLITIK

MIT BEITRÄGEN VON

→ RÜDIGER AHREND → ROLF ALTER

→ MONIKA BACHINGER → EVA EBERHARTINGER

→ JUDITH JOCHMANN → VERENA KNAPP

→ WILFRIED PUWEIN → DIETER REHFELD

→ WALTER SCHERRER

AUFSÄTZE

→ RALF KRONBERGER → HARALD PITTERS

4|2012

59. JAHRGANG

MANZ 

WKO 

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

AUFsätze/ESSAYS

Zukunft der öffentlichen Finanzen – öffentliche Finanzen mit Zukunft?

Ralf Kronberger/Harald Pitters

Dr. Ralf Kronberger, Abteilung für Finanz- und Handelspolitik, Wirtschaftskammer Österreich, Lektor an der Fachhochschule Wiener Neustadt, Mitglied des Staatsschuldenausschusses

Dr. Harald Pitters, Geschäftsführer Pitters Trendexpert e.U., Lektor an der Fachhochschule Wiener Neustadt

Über die Wahrnehmung der österreichischen Finanzpolitik und diesbezügliches Wissen bei jungen Wählern existiert wenig Literatur. Das Generalthema der Alpbacher Gespräche 2012 „Erwartungen – die Zukunft der Jugend“ gab den Anstoß, vorhandene sozialwissenschaftliche Kenntnisse auf Basis einer repräsentativen Umfrage zu vertiefen. 400 Personen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren wurden über ihr Wissen über die öffentlichen Finanzen in Österreich, ihre Einschätzung der Budgetpolitik, Bewertung über die Vertretung durch die Politik und Einschätzung der Zukunft der österreichischen Pensions- und Gesundheitssysteme befragt. Angesichts des eher durchschnittlichen Wissens empfiehlt es sich, Information und Bildung zum Thema öffentliche Finanzen zu erweitern und zu vertiefen. Negative Wahrnehmungen und Erwartungen bestehen hinsichtlich der Erreichung der Budgetziele, dem Reformtempo in Österreich, der Finanzierung von Pensions- und Gesundheitssystem und der politischen Vertretung junger Menschen. Daraus lässt sich sowohl Handlungsbedarf für politische Entscheidungsträger als auch für den Partizipationswillen junger Menschen ableiten.

1. Einleitung

Das Thema öffentliche Finanzen wird in der Regel von einem überschaubaren Kreis aus Experten, welche auch die Politik beraten, analysiert. Politiker hingegen treffen finanzpolitische Entscheidungen, welche oft von den Empfehlungen der Wissenschaftler und Politikberater abweichen. Nicht zuletzt aus Untersuchungen der Neuen Politischen Ökonomie ist bekannt, dass neben rein ökonomischen Gesichtspunkten (besonders) Aspekte des politischen Wettbewerbs sowie das Trachten nach der Maximierung von Wählerstimmen für finanzpoliti-

sche Entscheidungen hohe Relevanz besitzen. Es stellt sich somit die Frage, welche Wahrnehmung und welches Wissen in der großen Gruppe der Wählerschaft zu den öffentlichen Finanzen vorherrschen?

1.1 Existierende Literatur

Gemessen daran, dass die Budgetpolitik die in „Zahlen gegossene Politik“ eines Landes darstellt, existiert überraschend wenig Literatur, die die Wahrnehmung der Finanzpolitik und das Wissen über die Finanzpolitik der Wähler, insb. der jungen Wählerschicht, analysiert. Umfragen, welche sich auf junge Menschen beziehen, decken marginal (polit-)ökonomische Fragestellungen und noch weniger Fragestellungen zu den öffentlichen Finanzen ab.

Eine Studie des ORF (2011) setzt sich mit Fokus auf Medienpolitik mit Jugend und Gesellschaftspolitik 14- bis 29-jähriger als Zielgruppe auseinander. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine „aktiv-kritische Auseinandersetzung mit politischen Themen im Alltag des Durchschnittsjugendlichen keine herausragende Rolle“ spielt. Zeglovits/Schwarzer (2011) stellen die politische Interessiertheit und in Folge die Partizipation Jugendlicher in der Politik dar. Erstere wird ähnlich gezeichnet wie in der ORF-Studie, auch die Bereitschaft zur Partizipation zeigt sich entsprechend limitiert. Bei der Wertestudie 2011 (Heinzlmaier/Ikrath, 2012, 5) wird die Skepsis der jungen Menschen gegenüber der Gesellschaft deutlich: „Von der Gesellschaft erwartet man sich kaum noch etwas. Die Hoffnung, dass sich diese in einem positiven Sinne weiterentwickeln wird, ist, gerade angesichts der als krisenhaft erlebten derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Situation, gering ausgeprägt.“ Ebenso wie die anderen Studienautoren kommen sie zum Ergebnis, dass „Politik ... nicht zu den wichtigsten Lebensbereichen der österreichischen Jugend gehören.“ Diese Umfrage behandelt auch Aspekte des Sozialsystems: Dreiviertel der jungen Befragten glauben nicht an eine stabile Finanzierung des Pensionssystems, indem sie davon ausgehen, dass sie „später deutlich weniger Pension bekommen, als die Älteren heute erhalten.“ Spiegelbildlich dazu vertrauen nur 28% der jungen Menschen dem Pensionssystem, während rund drei Viertel der Befragten sehr großes oder ziemlich großes Vertrauen in das Gesundheitssystem haben.

Bechter/Brandl/Schwarz (2009) führten eine repräsentative Umfrage unter der österreichischen Bevölkerung durch, in welcher sie den Gründen für die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Österreich nachgehen. Dabei werden sowohl der Kenntnisstand über Wirtschaft berücksichtigt als auch die (subjektiven) Erwartungen zu den Konsequenzen der Maßnahmen. Politische Bildung und Akzeptanz der Maßnahmen werden neben anderen soziodemografischen Faktoren auch mit den Variablen Ideologie und Eigennutz verknüpft.¹ Grundsätzlich wird deutlich, dass bei den Befragten der Eigennutz (eigene Betroffenheit) über die ideologische Ausrichtung dominiert.

In Stix (2011) wird der Pessimismus von rund 2.000 Befragten deutlich, von welchen 66% glauben, dass in den nächsten zehn bis 20 Jahren die Schulden

¹ Bei Bechter/Brandl/Schwarz (2009) werden keine Kreuztabellen dargestellt, sondern Logit-Modelle, was die Vergleichbarkeit mit den dargestellten Jugendstudien erschwert.

nicht nachhaltig zurückgeführt werden. 73% erwarten sogar, dass die Schulden wieder steigen, nachdem sie gesenkt wurden. Diese Umfrage bescheinigt den politischen Entscheidungsträgern ein Glaubwürdigkeitsproblem.

1.2 Das „Alpbach-Seminar“

Die Idee zum Projekt „Zukunft der öffentlichen Finanzen – öffentliche Finanzen mit Zukunft“ entstand im Herbst 2011 bei Bekanntwerden des Generalthemas für Alpbacher Gespräche 2012: *„Erwartungen – die Zukunft der Jugend“*. Das Thema gab letztlich den Anstoß, die sozialwissenschaftlichen Kenntnisse zu Finanzwissen und Einschätzung der öffentlichen Finanzen der jungen Menschen auf Basis einer repräsentativen Umfrage zu vertiefen. Fragestellungen, die unmittelbar in die Umfrage einfließen, sind: *„Was sind die Erwartungen der jüngeren Generation? Welche Erwartungen sind an sie gerichtet? Und schließlich, mit welchem ‚Erbe‘ und mit welchen ‚Erbkrankheiten‘ müssen die kommenden Generationen rechnen?“*²

Als Konsequenz der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise(n) brach das Wirtschaftswachstum ein und die (Jugend)Arbeitslosigkeit stieg insb in den von der Krise stärker betroffenen Staaten an. Protestbewegungen entstanden gegen Konsolidierungsprogramme der Regierungen insb in den Krisenstaaten mit starker Partizipation junger Menschen (*Heinzelmaier, 2012*). Wenig empirische Kenntnis existierte, welche Wahrnehmung junge Menschen in Österreich zum Thema öffentliche Finanzen, zB Konsolidierungsanstrengungen der Regierung, Reformbereitschaft, etc, bzw welche Kenntnis junge Menschen überhaupt über öffentliche Finanzen haben.

An der FH Wiener Neustadt wurde nach intensiver Vorbereitung eine transdisziplinäre Lehrveranstaltung im Masterstudiengang Wirtschaftsberatung und Unternehmensführung im Sommersemester 2012 abgehalten, welche von den beiden Autoren geleitet wurde. Die Lehrveranstaltung wurde Workshop-artig aufbereitet. Die ausgewählte Teilnehmeranzahl von elf Studenten erlaubte eine intensive Seminar- und Studentenbetreuung³. Dieses speziell für Alpbach geschaffene Seminar umfasste sowohl eine wirtschaftspolitische Analyse öffentlicher Finanzen zur Vorbereitung einer Umfrage als auch im sozialempririschen Teil die Durchführung und Auswertung dieser Umfrage unter jungen Menschen.

2 Vergleiche dazu die Einleitung zum Programm der Alpbacher Gespräche 2012 *„Erwartungen – die Zukunft der Jugend“*.

3 Die an der Umfrage und Ergebniserstellung mitwirkenden StudentInnen waren Maresa Auerperg, Sandra Bachler, Julia Berndonner, Jennifer Bittner, Julia Fuchs, Clara Gussenbauer, Claudia Kuch, Eva Knakal, Sabine Mayerhofer, Magdalena Pichler, Gernot Stangl und Alexander Hage. Gleichfalls arbeiteten in der WKO Mag. Christoph Schmid sowie als freie Mitarbeiterin von Pitters Trendexpert, Mag. Theresa Neumeister, BA an der vorliegenden Publikation mit.

2. Methodenbeschreibung

2.1 Zielsetzung

Basierend auf den vorangegangenen Überlegungen war es das Ziel der Umfrage, aktuelle Einstellungen und Erwartungshaltungen der jungen österreichischen Bevölkerung hinsichtlich öffentlicher Finanzen, Pensions- und Gesundheitspolitik zu erheben. Der Schwerpunkt lag auf folgenden Fragestellungen: a) Was wissen junge Menschen über die öffentlichen Finanzen in Österreich? b) Wie schätzt Österreichs Jugend die (langfristige) Budgetpolitik ein? c) Fühlt sich Österreichs Jugend durch die Politik gut vertreten? d) Wie schätzt Österreichs Jugend die Zukunft der österreichischen Pensions- und Gesundheitssysteme ein?

2.2 Untersuchungsdesign

Um für die junge österreichische Bevölkerung repräsentative Daten zu gewinnen, wurde ein quantitativer Zugang gewählt. Hierzu wurde ein Fragebogen erstellt, anhand dessen die oben stehenden Fragen explorativ untersucht wurden. Parallel zur theoriegeleiteten Vorgehensweise wurden aus einem umfassenden Fragenpool die interessantesten Aspekte exploriert und weiter analysiert.

2.3 Stichprobe

Die Stichprobe bestand aus 400 Personen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren ($M = 21,3$). Die Teilnehmer wurden mittels Quotenverfahren nach Alter, Geschlecht, Bundesland und Ausbildung rekrutiert. Die erhobenen soziodemografischen Variablen entsprechen der realen Verteilung in der österreichischen Bevölkerung, wodurch repräsentative Interpretationen zulässig sind.

2.4 Forschungsmethode und -instrument

Da bei der Altersgruppe Internetzugang vorausgesetzt werden konnte, wurde die Befragung mehrheitlich online durchgeführt. Studierende der FH Wiener Neustadt rekrutierten die E-Mail Adressen der Teilnehmer exklusiv und zusätzlich per Schneeballsystem und versendeten einen Link, mit dem die Personen direkt zur ca zehnmütigen Befragung gelangten. Der Fragebogen bestand aus einer Mischung aus Sachfragen („Besitzen Sie eine private Krankenzusatzversicherung?“), Einstellungsfragen („Denken Sie, dass der Generationenvertrag zukünftig noch umsetzbar sein wird?“) und Verhaltensfragen („Welche Medien nutzen Sie, um sich zu informieren?“) sowie soziodemografischen Angaben wie Alter, Schulbildung, Geschlecht. Als Antwortmöglichkeiten kamen sowohl vierstufige Skalen (um die Tendenz zur Mitte zu vermeiden), ja/nein Antworten als auch ein semantisches Differential zur Bewertung von Gegensatzpaaren zur Anwendung (Fragebogen siehe *Annex*). Die Fragen zu den einzelnen Themenblöcken wurden im Forscherteam entwickelt und vorab anhand eines Pretests auf

Validität, Reliabilität und Objektivität geprüft. Die Befragung fand im Zeitraum vom 20. 3. bis 27. 5. 2012 statt.

Seriöse empirische Forschung basiert auf theoretischen Überlegungen und Arbeitshypothesen, die nach adäquater Operationalisierung in feldtaugliche Instrumente umgewandelt werden (*Atteslander, 2010*). Die vier nachfolgenden Kapitel beschreiben die Situation der öffentlichen Haushalte und damit im Zusammenhang gesetzte Haushaltsregeln, die Vertretung junger Menschen im Nationalrat und die Wahrnehmung junger Menschen, wie für sie Politik gemacht wird, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Pensionsfinanzierung und beleuchten zentrale zukünftige Aspekte des Gesundheitssystems. In Anschluss an die einleitenden Darstellungen jedes Kapitels erfolgt die Ergebnisdarstellung der empirischen Untersuchung.

3. Budgetpolitik

3.1 Situation der öffentlichen Finanzen und fiskalisches Regime

Als die Umfrage durchgeführt und ausgewertet wurde, standen insb die Eurozonenmitglieder (immer noch) unter dem Eindruck der Staatsschuldenkrise, welche 2010 ihren Ausgang mit der Griechenlandkrise nahm. Die Wirtschaftskrise 2008 hatte bewirkt, dass öffentliche Einnahmen konjunkturbedingt stark zurückgingen und dadurch einen großen Druck auf die Staatsfinanzen ausübten. Die Ausgaben für Konjunktur- und Bankenrettungsprogramme verstärkten diesen Druck noch weiter (*Kronberger, 2012*). Im Durchschnitt des Euro-Währungsgebietes ließ die Frühjahrsprognose 2012/2013 der Europäischen Kommission ein Anwachsen der Staatsschuld von 66,3% des BIP im Jahr 2007 um 26,3%-Punkte auf 92,6% im Jahr 2013 erwarten. In Österreich wird zwar ein weniger dramatischer Anstieg der Verschuldung im Eurozonenvergleich erwartet – die Staatsschuld wird im Vergleichszeitraum von 60,2% auf 74,3% des BIP ansteigen – dieser zu erwartende Schuldenstand stellt aber immer noch einen absoluten Höchststand dar und zeigt auch im Vergleich zu den Vorperioden eine außergewöhnlich hohe Schuldendynamik, wie sie zuletzt zu Beginn der 1990er-Jahre auftrat. Österreich benötigte elf Jahre, um den Schuldenstand von einem vorläufigen Höchststand von 68,3% des BIP im Jahr 1996 auf einen Maastricht-konformen Wert von rund 60% im Jahr 2007 abzusenken.

1998 startete die Wirtschafts- und Währungsunion mit elf Mitgliedstaaten – darunter auch Österreich. Das bedeutete, dass sich Österreich dem Regime des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unterwarf, der die Einhaltung der Maastricht-kriterien – insb eine Staatsschuld unter 60% des BIP und ein jährliches Haushaltsdefizit von maximal 3% des BIP – vorsah. Weitere Maßnahmen, welche unter anderem das Ziel einer größeren Haushaltsdisziplin verfolgten, wurden sowohl auf nationaler als auch später im Gefolge der Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise insb auf europäischer Ebene umgesetzt: 1991 der erste österreichische Stabilitätspakt, 2008 die Einführung eines vierjährigen Finanzrahmens auf nationaler Ebene sowie die Umsetzung der ersten Etappe der Bundeshaushaltsrechtsreform, 2011 die Schuldenbremse auf nationaler Ebene, 2011

das „SixPack“ mit wesentlich verschärften Regeln für den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, 2012 der Fiskalpakt und ein den europäischen Regeln angepasster innerösterreichischer Stabilitätspakt. Alle Fiskalregeln bis zum Ausbruch der Krise reichten nicht aus, um einen massiven Anstieg der Staatsschuld zu verhindern. Offen bleibt, inwieweit die im Anschluss an die Krisen drastisch verschärften Fiskalregeln tatsächlich auf die Budgetdisziplin wirken und tatsächlich die strukturellen Budgetdefizite beseitigen werden. Werden Sie in der Lage sein, die Krisensituation zu entschärfen und die Schuldenstände nachhaltig zurückzuführen? Allein die zahlreichen Haushaltsregeln sind Indiz für die Komplexität des Themas. Interessant für die Beurteilung der öffentlichen Finanzen durch die befragten Jugendlichen ist zunächst, wie informiert sie sind und über welches Wissen sie verfügen.

3.2 Empirische Daten

Bevor den jungen Menschen inhaltliche Fragen betreffend öffentliche Finanzen gestellt wurden, wurden ihre Interessenlage, ihre Assoziationen und ihr Wissen dazu abgefragt. Bei der Gegenüberstellung der fünf wirtschaftspolitischen Bereiche Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Gesundheitssystem, Pensionsystem und öffentlichen Finanzen, ist das Interesse für das Bildungssystem mit über 80% sehr oder eher groß und rangiert damit an erster Stelle. An letzter Stelle der fünf Bereiche findet sich das Interesse für öffentliche Finanzen mit knapp 60%.

Dies dürfte in engem Zusammenhang mit den mit öffentlichen Finanzen assoziierten Eigenschaften stehen.

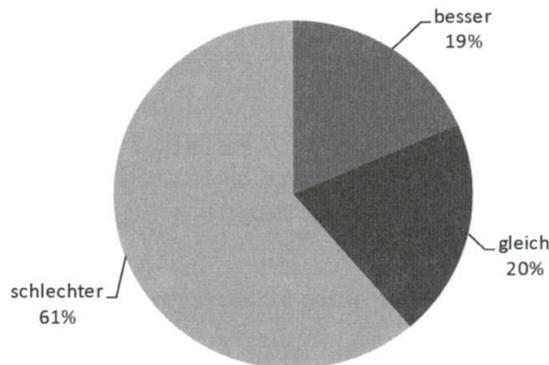
Bei acht abgefragten Eigenschaftspaaren werden öffentliche Finanzen wie folgt charakterisiert: bedeutend (91%), aktuell (79%), zukunftsorientiert (57%), spannend (42%), jung (40%), glaubwürdig (18%), objektiv (13%), einfach (6%).⁴

Beim Wissen über die öffentlichen Finanzen schätzen sich junge Männer im Durchschnitt mit einem Wert von fünf- auf einer zehnstufigen Skala um einen Punkt besser ein als die jungen Frauen. Unterschiede hinsichtlich Altersklassen und Ausbildung sind vernachlässigbar. Zu betonen ist dabei, dass es sich bei dieser Frage um eine Selbsteinschätzung handelt. Das Wissen beziehen die jungen Menschen befragt nach der Häufigkeit der Konsultation unterschiedlicher Quellen schwerpunktmäßig täglich aus dem Radio (41%), täglich aus dem Internet (34%), wöchentlich aus Zeitungen/Zeitschriften (43%), wöchentlich aus dem Fernsehen (41%) und seltener (seltener als monatlich) aus persönlichen Gesprächen (36%) und Vorträgen (87%).

Befragt danach, wie verglichen mit heute die Situation der öffentlichen Finanzen von Österreich in zehn Jahren eingeschätzt wird, ergibt sich ein deutlich pessimistisches Bild: 61% der jungen Menschen erwarten eine eher oder viel schlechtere Situation der Finanzen.

4 Die Eigenschaftspaare setzten sich wie nachfolgend angeführt zusammen: spannend/langweilig, einfach/kompliziert, objektiv/parteilich, glaubwürdig/unglaubwürdig, aktuell/nicht aktuell, bedeutend/unbedeutend, jung/alt, zukunftsorientiert/vergangenheitsorientiert.

Abbildung 1: Situation der öffentlichen Finanzen in zehn Jahren



Quelle: Eigene Darstellung

Fast deckungsgleich ist die negative Einschätzung zu der Frage, ob es Österreich gelingt, die Staatsverschuldung binnen zehn Jahren unter die geforderten 60% des BIP zu senken. 59% der Befragten gehen von einer höheren Staatsverschuldung als 60% des BIP in zehn Jahren aus, während nur 13% das Gegenteil annehmen. Bei den Einsparungsmöglichkeiten zum Schuldenabbau denken die jungen Menschen zuerst an Einsparungen in der Verwaltung (85%), dann an die Privatisierung von Staatseigentum (49%) und in etwa zu gleichen Teilen an die Einsparung von Subventionen/Förderungen (45%) und zuletzt an die Erhöhung von Steuern (21%). Dies ist in Übereinstimmung mit der Antwort auf die Frage, ob der Staat vorwiegend auf Ausgabensenkung oder auf Einnahmenerhöhung setzen sollte. 83% geben eher der Ausgabensenkung den Vorzug, während 17% eher die Einnahmenerhöhung präferieren.

4. Öffentliche Finanzen und politisches System

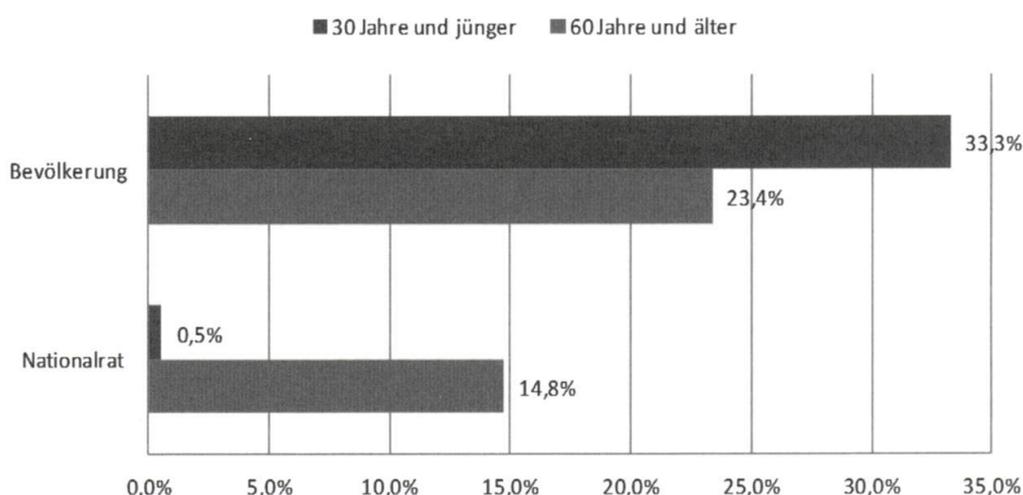
4.1 Grundsätzliches zur Partizipation junger Menschen

Die Jugend-Werte-Studie 2011 (*Heinzlmaier/Ikrath, 2012*) und die Studie Liebe-Leisten-Hoffen – Die Wertewelt junger Menschen in Österreich (*Friesl et al, 2008; Zeglovits/Schwarzer, 2011*) befragen Jugendliche zur Bereitschaft und zum tatsächlichen Engagement im Zusammenhang mit (politischer) Partizipation. Beide Studien liefern sehr ähnliche Ergebnisse, die auf eine tatsächlich geringe Partizipation und auf eine grundsätzlich deutlich höhere Bereitschaft hinweisen. In der Jugend-Werte-Studie geben unter 5% der 14- bis 29jährigen an, in einer politischen Partei oder in der Jugendorganisation einer politischen Partei gerade aktiv zu sein, bei der Gewerkschaft sind etwas über 5% aktiv. In der Werteweltstudie geben 3% der 14- bis 24jährigen an, schon ein politisches Amt innegehabt zu haben. 4% sagen, bereits bei einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben.

Exemplarisch wird hier die Altersstruktur des Nationalrates betrachtet, der zwar in den Medien entsprechend wahrnehmbar und finanzpolitisch äußerst re-

levant ist, aber einen kleinen Ausschnitt der möglichen Felder politischer Partizipation darstellt: Dabei wird deutlich, dass die Altersverteilung der Nationalratsabgeordneten nicht annähernd repräsentativ bezogen auf die Altersverteilung der Gesamtbevölkerung ist. Gemäß *Statistik Austria* (2012c) sind 33,4% der österreichischen Gesamtbevölkerung unter 30 Jahre alt. Der Anteil der zwischen 20- und 29jährigen beträgt 12,9%. Der Bevölkerungsanteil von 60+ beträgt 23,3%. Im Nationalrat beläuft sich der Anteil der Nationalratsabgeordneten von unter 30 Jahren auf 0,5%, während der Anteil der über 60jährigen 14,8% beträgt.

Abbildung 2: Anteil über 60jährige und unter 30jährige in der österreichischen Bevölkerung und im Nationalrat



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis *Statistik Austria* (2012) und Parlament

4.2 Empirische Daten

So wie bei den öffentlichen Finanzen wurden auch zur Charakterisierung des Nationalrats Begriffspaare abgefragt. Als zukunftsorientiert empfinden 39% der jungen Menschen den Nationalrat, als vertrauenswürdig 19%, als spannend 17%, als glaubwürdig 17%, als einfach 16%, als jung 9% und als kreativ 6%.⁵ Bei allen Charakterisierungen ist beobachtbar, dass die Werte merkbar mit zunehmendem Alter sinken. Die positivsten Werte finden sich in der Altersgruppe 15-19 Jahre, während die Gruppe der 25- bis 29-jährigen durchwegs die niedrigsten Werte aufweist.

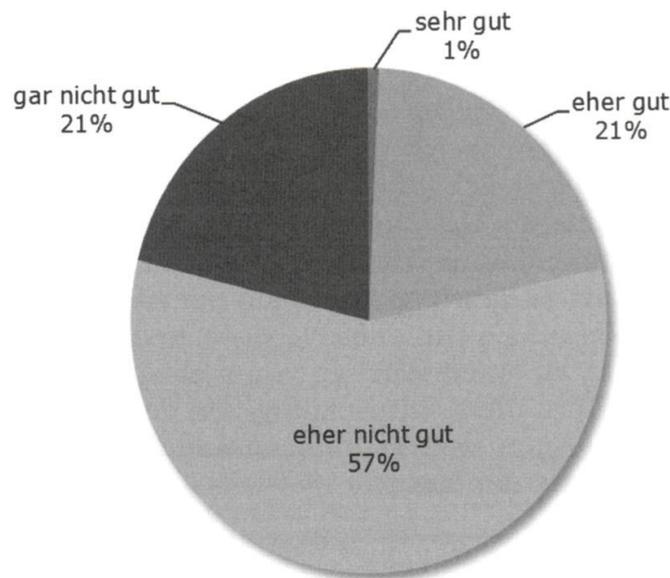
Beim Tempo mit Reformen in Österreich ist eine ähnlich skeptische Beurteilung der jungen Menschen wahrnehmbar. 18% sind mit dem Reformtempo sehr oder eher zufrieden. Entsprechend mehr als vier Fünftel der Befragten sind eher oder gar nicht zufrieden damit. Ähnlich den Begriffspaaren nimmt die Un-

⁵ Die abgefragten Begriffspaare setzten sich wie folgt zusammen: spannend/langweilig, einfach/kompliziert, glaubwürdig/unglaubwürdig, kreativ/festgefahren, vertrauenswürdig/nicht vertrauenswürdig, jung/alt, zukunftsorientiert/vergangenheitsorientiert.

zufriedenheit mit zunehmendem Alter zu. Auch ist erkennbar, dass junge Menschen ohne Maturaabschluss wahrnehmbar zufriedener sind (24%) als solche mit Maturaabschluss (12%) oder mit Hochschulabschluss (15%).

Eine deutliche Minderheit der jungen Menschen - rund ein Fünftel - nimmt die Interessenvertretung für sie als sehr oder eher gut war (22%). Insb die Gruppe der 25- bis 29-jährigen fühlt sich zu 85% eher bzw gar nicht gut vertreten.

Abbildung 3: Interessenvertretung für die jüngere Generation



Quelle: Eigene Darstellung

5. Pensionssystem

5.1 Pensionsfinanzierung und demografischer Wandel

Das beitrags- oder leistungsorientierte österreichische Pensionssystem beruht auf dem Prinzip der staatlichen Pflichtversicherung. Dabei umfasst die staatliche Pensionsversicherung die Alterspension, die Invaliditätspension sowie die Hinterbliebenenpension (*Österreichische Nationalbank*, 2006). Das sog Drei-Säulen-Modell der Pensionsfinanzierung besteht aus der beschriebenen gesetzlichen Pensionsversicherung und zusätzlich aus der betrieblichen sowie der privaten Vorsorge. Der gesetzliche Teil beruht auf einem Umlageverfahren, bei welchem verpflichtende Beiträge von Erwerbstätigen eingehoben und in derselben Periode zur Finanzierung aktueller Leistungen ausgegeben werden. Diese erste Säule ist eine obligatorische, erwerbs- und leistungsorientierte Regelsicherung der Bürger. Dementsprechend finanzieren die Wirtschaftskraft und die Beiträge der Erwerbstätigen die Leistungen für Personen, die sich im Ruhestand befinden; bekannt vor allem unter dem Terminus „Generationenvertrag“ (*Sozi-*

alversicherung, 2011). Die beitrags- oder leistungsorientierte betriebliche sowie die freiwillige private Vorsorge werden in der Regel über das Kapitaldeckungsverfahren finanziert. Dabei zahlen Arbeitgeber und/oder -nehmer laufend Beiträge auf ein Konto ein, welche bis zum Pensionsantritt in Wertpapieren veranlagt werden. Dadurch ergibt sich die Höhe der Pension aus dem eingezahlten Kapital und den aus der Veranlagung erwirtschafteten Erträgen bzw Zinsgewinnen. Hinter dieser gezielten Kombination der Finanzierungsverfahren steht die Absicht, das demografische Risiko der Umlagefinanzierung und das Kapitalmarktrisiko des Kapitaldeckungsverfahrens gegeneinander aufzuheben. Zentrale Einflussfaktoren auf das umlagefinanzierte Pensionssystem stellen in erster Linie die Erwerbsquote und Lohnsummen der Erwerbstätigen dar. Diese bilden die Beitragsgrundlage für die Pensionsbeiträge, wobei die Produktivität Einfluss auf die Entwicklung der Lohnsumme nimmt (*Kronberger/Hofer*, 2012).

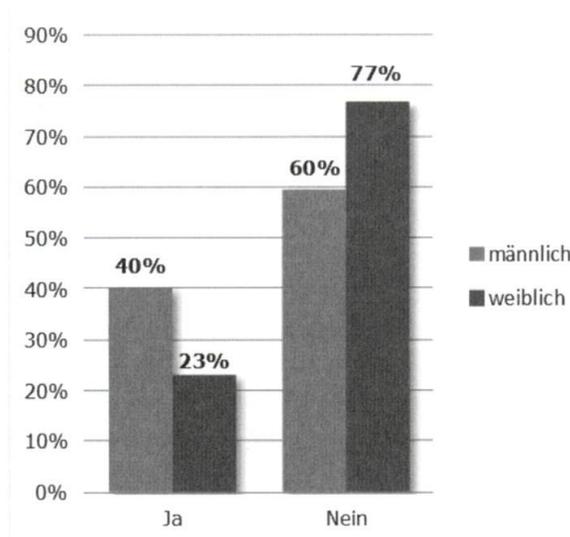
Durch den demografischen Wandel, der das Verhältnis Pensionisten/Erwerbstätige immer weiter in Schieflage bringt, lässt sich das derzeitige System immer schwerer finanzieren. Das bedeutet, dass das Pensionssystem bzw sein Reformprozess zunehmend unter Druck geraten. Laut Daten der Statistik Austria soll die Zahl der 60- bis 74-Jährigen innerhalb der nächsten zehn Jahre von ca 1,3 Millionen Menschen auf 1,5 Millionen wachsen. In der Gruppe der 75-Jährigen und älter soll es sogar zu einem Anstieg von mehr als 28% kommen (*Statistik Austria*, 2012a). Inwiefern diese Entwicklung von den Jugendlichen als besonders betroffene Altersgruppe wahrgenommen und bewertet wird, ist zentraler Untersuchungsgegenstand der Studie.

5.2 Empirische Untersuchung

Unter den befragten jungen Österreichern glauben mehr als zwei Drittel (69%) nicht mehr daran, zum Zeitpunkt ihres Pensionsantrittes eine staatliche Pension zu erhalten. Frauen blicken dabei weitaus skeptischer in die Zukunft als Männer. Während 77% der Frauen nicht an den Erhalt einer staatlichen Pension glauben, zeigen sich 60% der Männer pessimistisch (siehe *Abbildung 4*). Auch beim Thema Generationenvertrag bestehen mehrheitlich Zweifel: 61% der Befragten geben an, nicht an das bestehende Pensionsmodell zu glauben, darüber hinaus sehen sich 30% der Befragten außer Stande, die Situation beurteilen zu können.

Diese Skepsis spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass 83% der Studienteilnehmer bereits privat vorsorgen. Die beliebtesten Sparformen darunter sind Sparbuch (79%), Lebensversicherung (43%) und staatlich geförderte Pensionsversicherung (37%). Unabhängig von Altersgruppe und Geschlecht wird gegen ein gleichberechtigtes Pensionsantrittsalter gestimmt. Demzufolge wird mehrheitlich als gerecht empfunden, wenn Frauen früher in Pension gehen als Männer. Zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Pensionssystem in Österreich wurden sechs Aussagen formuliert, denen die Befragten zustimmen oder nicht zustimmen konnten. Jene Statements, die negative Folgen in Bezug auf Pension, Gesundheitskosten und Einkommen aufzeigen, finden dabei die höchste Zustimmung. Dagegen werden Aussagen, die Chancen für die

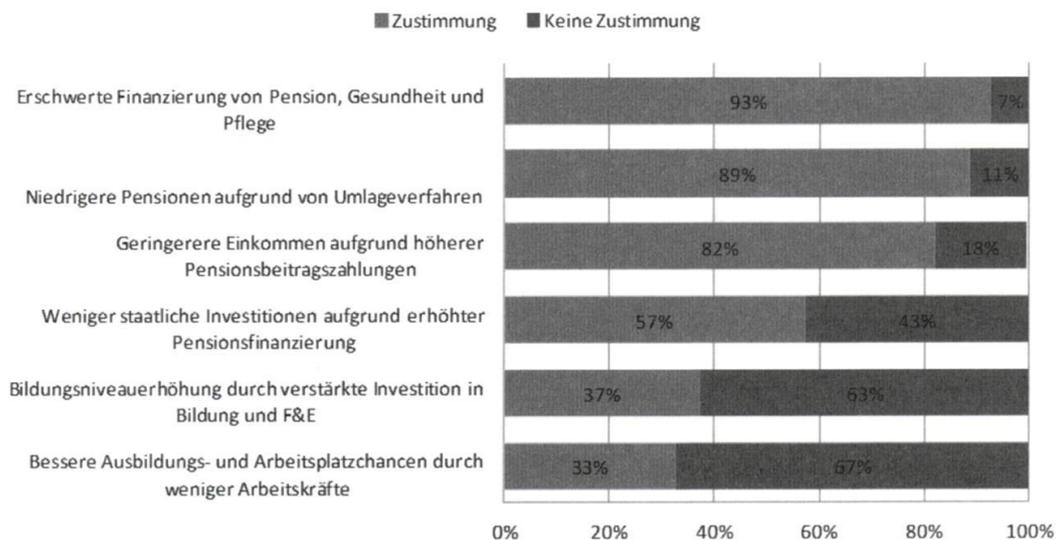
Abbildung 4: Glaube an staatliche Pension



Quelle: Eigene Darstellung

Bildung und den Arbeitsmarkt hervorstreichen nur von ca einem Drittel unterstützt. Die detaillierten Ergebnisse sind in *Abbildung 5* dargestellt.

Abbildung 5: Einschätzung: Effekte aufgrund der demografischen Entwicklung



Quelle: Eigene Darstellung

6. Gesundheitssystem und Finanzierung

6.1 Grundsätzliches zum Gesundheitssystem

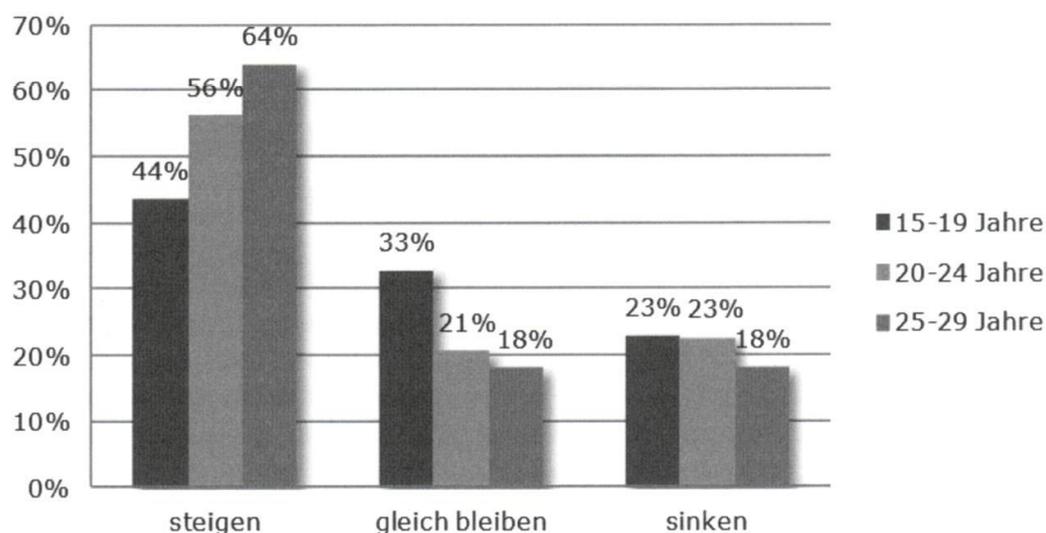
Aktuelle Daten zeigen, dass in Österreich die Gesundheitsausgaben gemessen am BIP von 2000–2010 um 1,2% gestiegen sind (*Statistik Austria*, 2012b). Der demografische Wandel wird aber auch hier in den nächsten Jahren Auswirkungen auf die staatlichen Gesundheitskosten haben (*Kramer*, 2009, 36; *Riedel/Röhrling*, 2009, 103 f; *OECD*, 2006, 6 f). In diesem Zusammenhang gibt es unter den Experten zwei gegensätzliche Einschätzungen: Vertreter der Medikalisierungstheorie und somit der pessimistischeren Hypothese vermuten einen Kostenanstieg. Sie glauben, dass Menschen im Alter längere Zeit in Krankheit verbringen werden, da altersbedingte Krankheiten etwa im gleichen Lebensalter wie bisher auftreten werden und Zivilisationskrankheiten, wie bspw Übergewicht, Diabetes oder Rheuma, sowie psychische Erkrankungen zunehmen (*Kramer*, 2009, 37; *Riedel/Röhrling*, 2009, 104 f). Vertreter der optimistischeren Sichtweise, der sog „Kompressionsthese“, gehen von einem geringeren Kostenanstieg aus. Dies mit der Begründung, dass durch verbesserte Vorsorge und medizinischen Fortschritt die gewonnenen Lebensjahre größtenteils in guter Gesundheit verbracht werden können (*Kramer*, 2009, 37; *Riedel/Röhrling*, 2009, 104 f).

Die langfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen und somit auch die gesamte Kostensituation des österreichischen Gesundheitswesens können durch die Vielzahl an Einfluss nehmenden Parametern nur schwer abgeschätzt werden. Die erhöhte Lebenserwartung und der Generationenwechsel werden dabei nur einen Teil des Kostenanstieges ausmachen. Der größere Teil des Gesamtaufwandes wird, nach herrschender Meinung, durch Faktoren wie den technischen und medizinischen Fortschritt verursacht werden. Laut OECD ist über die letzten Jahrzehnte etwa ein Drittel der durchschnittlichen jährlichen Kostensteigerung pro Kopf auf den technischen Fortschritt, durch geringes Kostenbewusstsein und teure Produkte zurückzuführen (*OECD*, 2006). Welche weiteren Kostentreiber es gibt, wird bspw im Ageing Report der Europäischen Kommission 2012 genauer behandelt (*Europäische Kommission*, 2012). Gerade das Thema der zukünftigen Finanzierung des Gesundheitssystems ist vor allem für junge Österreicher relevant und soll im Folgenden näher untersucht werden.

6.2 Empirische Untersuchung

Beim Thema Gesundheitssystem wurden die Teilnehmer zuerst zu ihrer Einschätzung über die zukünftigen staatlichen Gesundheitsausgaben in Österreich befragt. Etwas mehr als die Hälfte sind dabei der Meinung, dass die Staatsausgaben im Gesundheitsbereich zukünftig stark bzw eher steigen werden. Ein weiteres Viertel glaubt, dass sie gleich bleiben werden und 22% vermuten, dass die Ausgaben (eher) sinken werden. Je älter die Jugendlichen sind, desto eher gehen sie von einem Anstieg der Gesundheitsausgaben aus, wie in *Abbildung 6* dargestellt ist.

Abbildung 6: Erwartung der staatlichen Gesundheitsausgaben nach Altersklassen



Quelle: Eigene Darstellung

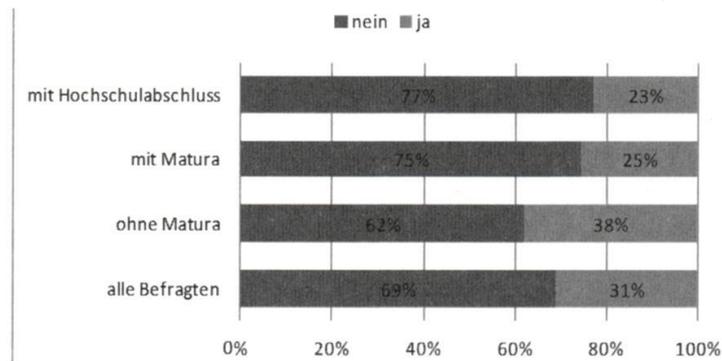
Diese pessimistische Haltung zeigt sich auch in Hinblick auf die zukünftige Höhe von möglichen Selbstbehalten: Je älter die Befragten sind, desto eher erwarten sie steigende Selbstbehalte für Gesundheitsleistungen. So sind 79% aller 15- bis 19-Jährigen, 92% aller 20- bis 24-Jährigen und 94% aller 25- bis 29-Jährigen der Ansicht, dass die Selbstbehalte in Zukunft steigen werden.

Bezüglich der Bereitschaft, Selbstbehalte zu übernehmen, gibt die Mehrheit der Befragten (67%) an, zukünftig bis zu 25% der Gesundheitsleistungen selbst bezahlen zu wollen. 17% der befragten jungen Personen sagen aus, sie seien nicht bereit, selbst etwas für die eigenen Gesundheitsleistungen beizutragen; 13% der Personen würden sich bereit erklären bis zu 50% der eigenen Kosten zu übernehmen und schließlich 3% wären bereit bis zu 75% und mehr der Kosten selbst zu tragen.

Zusätzlich ermittelt wurde der Anteil an Zusatzversicherten. Etwa ein Drittel aller befragten jungen Österreicher geben an, eine private Krankenzusatzversicherung zu besitzen. Diese Quote entspricht auch den aktuellen Daten der OECD, wonach 34% aller Österreicherinnen und Österreicher eine private Krankenzusatzversicherung abgeschlossen haben (OECD, 2011). Wie in *Abbildung 7* dargestellt ist, ist der Anteil jener mit privater Krankenversicherung bei geringerem Bildungsniveau höher als bei höherem Ausbildungsgrad.

Was die Zufriedenheit mit der derzeitigen gesundheitlichen Versorgung in der eigenen Region betrifft, ist die überwiegende Mehrheit der Befragten (92%) zufrieden oder sehr zufrieden. Hierbei zeigt sich ein Stadt/Land-Gefälle. Von den Befragten, die in einer Gemeinde mit unter 2000 Einwohnern leben, sind 12% wenig oder gar nicht zufrieden. Demgegenüber äußerte in Gemeinden mit über 1 Mio Einwohnern, also in der Bundeshauptstadt Wien, nur 1% Unzufriedenheit.

Abbildung 7: Private Zusatzkrankenversicherung



Quelle: Eigene Darstellung

Abschließend wurden die wesentlichen Kostentreiber im Gesundheitswesen ermittelt. Als zentralen Grund für erhöhte Gesundheitskosten sehen knapp zwei Drittel der Studienteilnehmer den steigenden Anteil an älteren Personen in der Gesellschaft an. Weiters geben 22% der Befragten an, dass Veränderungen des Lebensstils maßgeblich an den Kostensteigerungen beteiligt sein werden. An letzter Stelle (15%) werden Investitionen in technologischen und medizinischen Fortschritt genannt.

Aus Projektleitungssicht erwies sich die Studie als sehr gut durchführbar und die Stichprobe kann für die relevanten Zielgruppen als repräsentativ angesehen werden. Die Fragestellungen waren für die Befragten verständlich und interessant formuliert und es gab während der Feldphase keine negativen Rückmeldungen.

7. Conclusio

Mit der dargestellten Umfrage wurden in Österreich erstmals junge Menschen zum Thema öffentliche Finanzen vertieft befragt. Dies in einer Zeit, in der die Staatsschuldenkrise(n) einen Schwerpunkt der öffentlichen Berichterstattung darstellt. Junge Menschen sammeln demnach Informationen zu den öffentlichen Finanzen am häufigsten über das Radio und das Internet und schätzen sich selbst tendenziell mäßig wissend zum Thema ein, welches sie überdies als komplex einstufen. Daraus ist grundsätzlich ein stärkerer Bildungs- und Informationsauftrag betreffend öffentliche Finanzen ableitbar. Bildungsinstitutionen sollten das Thema öffentliche Finanzen stärker auf ihre Bildungsagenda nehmen. Vorstellbar ist auch, dass der Finanzpolitik nahe Institutionen sie dabei unterstützen.⁶ Deutlich wird der Pessimismus der jungen Menschen bei dem

⁶ Wesentlich ist auch zu beachten, dass alle Bildungsschichten erreicht werden. Neben den klassischen Bildungseinrichtungen Schulen und Hochschulen sind insb auch Institutionen der Erwachsenenbildung zu berücksichtigen, um arbeitende Menschen besser zu erreichen. Ebenso stellt sich die Frage, in wie weit neue elektronische Medien (Web 2.0) zu Bildungs- und Informationszwecken herangezogen werden können.

Aspekt, dass politische Entscheidungsträger nicht in der Lage sein werden, eine den Maastricht-Regeln entsprechende Schuldenrückführung zustande zu bringen. Prima Vista dürfte dabei ein großes Glaubwürdigkeitsproblem vorliegen. Die Medienberichte der jüngeren Vergangenheit konzentrierten sich oft auf die Staatsschuldenkrise, den gescheiterten Stabilitäts- und Wachstumspakt der ersten und zweiten Generation und die durch die notwendige Konsolidierungsmaßnahmen hervorgerufenen (Gesellschafts-)Probleme, welche in die Abwahl einiger Regierungen insb in den europäischen „Problemstaaten“ geführt haben. Auch bei der Analyse der österreichischen Schuldendynamik der letzten Jahrzehnte wird erkennbar, dass lediglich ein einziges Mal ein knapp ausgeglichener Staatshaushalt erzielt wurde und ansonsten konsequenter Weise Jahr für Jahr ein deutlicher nomineller Staatsschuldenanstieg erkennbar war. Interessant ist das Ergebnis der Befragung nach bevorzugten Konsolidierungsinstrumenten. Wenn die politische Entscheidung für die letzten beiden Konsolidierungspakete hinsichtlich des Einnahmenerhöhungs- und Ausgabenkürzungsmixes entsprechend den Umfragepräferenzen ausgefallen wäre, hätte der Anteil der Steuererhöhungen wahrscheinlich niedriger ausfallen müssen, als dies tatsächlich der Fall war. *Kronberger/Eberhartinger* (2012) berechnen einen Anteil von Steuererhöhungen für die beiden Konsolidierungspakete 2011–2014 und 2012–2016 von rund 40%, ein Anteil, der deutlich über den Präferenzen einer vorwiegenden Steuererhöhung in der Umfrage liegt (rund 20%).⁷ Dies gibt reichlich Gedankenfutter für die Betrachtung von Budgetkonsolidierungen aus Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie.

Das Ergebnis, dass die jungen Menschen ihre Interessen nicht ausreichend vertreten sehen, steht in einem Spannungsverhältnis zur Bereitschaft bzw zum tatsächlichen Engagement in politischen Organisationen. Es ist nur eine Minderheit bereit, sich politisch zu engagieren, beim tatsächlichen Engagement wird kaum an der 5%-Marke gekratzt. Zusammengefasst hat der Nationalrat ein negatives Image bei jungen Menschen und das Reformtempo wird als negativ bewertet. Neben einer Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger für die politischen Präferenzen junger Menschen dürfte ein weiterer Schlüssel in der politischen (Weiter)Bildung liegen. *Zeglovits/Schwarzer* (2011) identifizieren als wesentlich ausschlaggebende Faktoren für (politische) Partizipation das persönliche Umfeld – Familie und Freunde – sowie die Bereitschaft bzw das Angebot zur (politischen) Bildung.

Arbeitnehmer, welche wenige Jahre vor dem Pensionsantritt stehen, und Pensionisten allgemein haben erwartungsgemäß wenig Interesse an einer Änderung des Pensionssystems, welches zu finanziellen Einbußen führen würde. Bei Wahlen wird von den wahlwerbenden Parteien regelmäßig mit der Sicherung der bestehenden Pensionen geworben, um die immer bedeutsamer werdende Wählergruppe der Pensionisten für sich zu gewinnen. Pensionsreformen zu einer langfristigen und nachhaltigen Stabilisierung der Pensionsfinanzierung werden

7 Die jungen Menschen präferieren ausgabenreduzierende Konsolidierungen ähnlich dem Mainstream der ökonomische Literatur, der ausgabenseitigen Konsolidierungen in der Regel höhere Erfolgchancen insb hinsichtlich Nachhaltigkeit einräumt. Vgl ua dazu auch *Aiginger et al* (2010).

seit Jahrzehnten hinausgezögert (*Kronberger/Hofer, 2012*). Diese Entwicklungen belasten die Erwartungen der jungen Menschen an das gesetzliche Pensionssystem massiv. Allerdings kann bei jungen Menschen davon ausgegangen werden, dass sie sich nur begrenzt über das Pensionssystem informieren, was dazu führen dürfte, dass die Situation des Pensionssystems noch negativer eingeschätzt wird, als verhältnismäßig zuverlässige Analysen und Simulationen an Veränderungen erwarten lassen würden. Es glauben mehr als 2/3 der jungen Menschen, dass es überhaupt keine staatliche Pension mehr für sie geben wird, obwohl hier „lediglich“ ein Rückgang der staatlichen Pension gegenüber Vorgegeneration zu erwarten ist. Es herrscht Realismus hinsichtlich der Steuerungsmöglichkeiten und -bedarf an eines gesetzlichen Umlageverfahrens: Es wird erwartet, dass bestehende Finanzierungsprobleme über Pensionskürzungen und/oder Pensionsbeitragserhöhungen abgedeckt werden. Der Generationenvertrag wird mehrheitlich als verletzt eingeschätzt. Junge Menschen sollten dazu motiviert werden, sich besser über die Pensionssysteme zu informieren und sie sollten darüber aufgeklärt werden, wie die (politische) Partizipation älterer Menschen funktioniert. Grundsätzlich sollte der Austausch zwischen den Generationen intensiviert werden und letztlich sollten die jungen Menschen durch eine stärker gebündelte Interessenvertretung sensibilisiert werden.

Das Thema Gesundheit und Gesundheitssystem rangiert hinsichtlich des Interesses unter den jungen Menschen noch vor den Themen Pensionen und öffentliche Finanzen allgemein, wahrscheinlich auch aufgrund unmittelbar höherer Betroffenheit und Zeitnähe. Möglicherweise gibt es einen Zusammenhang zwischen der hohen Zufriedenheit, dem Bewusstsein, dass die öffentlichen Gesundheitskosten weiter steigen werden und damit Finanzierungsprobleme einhergehen und der Bereitschaft, auch Selbstbehalte bei der Gesundheitsversorgung doch zu einem beträchtlichen Anteil in Kauf zu nehmen.

Insgesamt gilt es einerseits, das Interesse für die abgefragten Themen zu erhöhen - bspw durch vermehrte und vertiefte Information und Bildung - und andererseits, Maßnahmen zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit in punkto Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, im Besonderen der Finanzierung des gesetzlichen Pensionssystems und des öffentlichen Gesundheitssystems umzusetzen. Politische Entscheidungsträger und Institutionen sollten deutlich wahrnehmbare Signale und letztendlich rasche Maßnahmen zur Umsetzung von ausstehenden Reformen setzen. Nicht zuletzt sind auch junge Menschen selbst gefordert, der eigenen Interessenvertretung - durch ausreichende eigene Partizipation - das von ihr gewünschte Gewicht zu verleihen.

Literaturverzeichnis

Aiginger, K./Böheim, M./Budimir, K./Gruber, N./Pitlik, H./Schratzstaller, M./Walterskirchen, W., Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich, WIFO, Wien (2010)

Atteslander, P., Methoden der empirischen Sozialforschung, Erich Schmidt Verlag, Berlin (2010)

Bechter, B./Brandl, B./Schwarz, G., Determinanten der Einstellung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen, WIFO, Wien (2009)

Europäische Kommission, 2012 Ageing Report der Europäischen Kommission (2012); www.bmf.gv.at/Finanzministerium/Veranstaltungen/Foru_4524/EUAgeingReport2012/_start.htm

Heinzlmaier, B., Keine Mission, keine Vision, keine Revolution? Die postmoderne Jugend zwischen Pragmatismus und Idealismus, Fachbeitrag - Institut für Jugendkulturforschung - jugendkultur.at, Wien (2012)

Heinzlmaier, B./Ikrath, P., Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011 durchgeführt vom Institut für Jugendkulturforschung - jugendkultur.at, Wien (2012)

Kramer, H., Längerfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich (2009); www.managementclub.at/document/20090921_mc-studie_Schuldenfalle.pdf, Stand vom 28. 2. 2012

Kronberger, R., Staatsschulden(Krise), Aktuelle Unterlage Nr. 71, Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Schule, Wien (2012)

Kronberger, R./Eberhartinger, M., Analyse des Bundesfinanzrahmen 2013-2016 und Stabilitätspaket 2012-2016, FHP- Analysen, Wirtschaftskammer Österreich, Wien (2012)

Kronberger, R./Hofer, R., Österreichische Wirtschaftspolitik. Eine anwendungsorientierte Einführung. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien (2012)

OECD, Projecting OECD health and long-term care expenditures: What are the main drivers? (2006); www.oecd.org/dataoecd/57/7/36085940.pdf (Stand vom 28. 2. 2012)

OECD, Health at a Glance 2011. OECD Indicators (2011); www.oecd.org/dataoecd/6/28/49105858.pdf (Stand vom 9. 6. 2012)

ORF, Jugend und Gesellschaftspolitik: 14- bis 29-jährige als Zielgruppe, gekürzter Berichtsband zur gleichnamigen Public-Value-Studie, durchgeführt vom Institut für Jugendkulturforschung im Auftrag des ORF/Berichtslegung: Dr. Beate Großegger, Wien (2011)

Österreichische Nationalbank, Jüngste Pensionsreformen in Österreich und ihre Auswirkungen auf fiskalische Nachhaltigkeit und Pensionsleistungen (2006); www.oenb.at/de/img/gewi_2006_2_04_tcm14-43180.pdf

Sozialversicherung, Finanzierung. Umlageverfahren. Kapitaldeckungsverfahren (2011); https://www.sozialversicherung.at/portal27/portal/esvportal/channel_content/cmsWindow?p_public_id=5178&action=2&p_menuid=4645&p_tabid=6#pd557467 (Stand vom 29. 2. 2012)

Statistik Austria, Bevölkerungsstand und -struktur (2012a); www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_alter_geschlecht/index.html (Stand vom 14. 5. 2012)

Statistik Austria, Gesundheitsausgaben in Österreich (2012b); www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/gesundheitsausgaben/index.html (Stand vom 2. 3. 2012)

Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2012, Wien (2012c)

Stix, H., Does the Broad Public Want to Consolidate Public Debt? – The Role of Fairness and of Policy Credibility, Working Paper 167, Oesterreichische Nationalbank (2011)

Zeglovits, E./Schwarzer, S., Aktive Bürger/innenschaft – Politische Partizipation von Jugendlichen in Österreich, in *Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend*, 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich Jugend aus Sicht der – Wissenschaft (Teil A), – Jugendarbeit (Teil B), Wien, 255-274 (2011)

Abstract

JEL-No: H60, H61, H63

The Future of Public Finance – Public Finance without Future?

Current literature on the perception of Austrian voters regarding public finances and on the knowledge of public finance of the Austrians population is scarce. This representative survey among 15 to 29-year-old Austrians covers the topics individual knowledge of public finance, assessment of public/budgetary policy, representation of young voters by politicians and assessment of public pensions and health finance. The knowledge of young Austrians is slightly below average which would ask for enhanced information and educational efforts on the topic. Negative perceptions and assessment become obvious when young people are asked about the achievement of budgetary aims, speed of political reforms and the financing of the pension and health system. There seems to be need for action for politicians regarding their policy and the implementation of reforms as well as for the young population. Young individuals should become more engaged in articulating their political will and in political participation in general.